

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/184

26. September 1975

Innere und soziale Sicherheit gehören zusammen

Grundsätze zu einer vitalen Frage der modernen Gesellschaften

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums und Landesvorsitzender
der SPD Baden-Württemberg

Seite 1 und 2 / 112 Zeilen

Europa - ein Geschäft für Realisten

Die Bilanz der Integration erlaubt gedämpften Optimismus

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion
im Europäischen Parlament und des SPD-Fraktionsvorstandes
im Bundestag

Seite 3 bis 5 / 128 Zeilen

Wirtschaft bleibt auf Blockade-Kurs

Anhörverfahren zur Reform der Berufsbildung gleich
zeitweilig einem Schieberramech

Von Björn Engholm MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Numerus clausus als Medaillenbremse ?

Studienplätze sind keine Prämie für Sporterfolge

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 8 / 37 Zeilen

Versuchte Nötigung des Bundestages

Skandalöses Zusammenspiel Springerpresse-CDU-Abelein

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 9 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Bokan

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 69 37 - 38
Telefax: 08 96 845 - 48 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 69 11

Innere und soziale Sicherheit gehören zusammen

Grundsätze zu einer vitalen Frage der modernen Gesellschaften

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Wir dürfen nichts verharmlosen: Innere Sicherheit wird eines der zentralen Themen in nahezu allen Ländern dieser Erde sein, in armen und reichen, in freien und unfreien. Weder ist es wahr, daß Diktaturen besser mit Kriminalität fertig werden als Demokraten, noch stimmt es, daß Wohlstand für sich allein die Kriminalität bestimmen könnte.

In unserer Gesellschaft, in der unbarmherziger Konkurrenzdruck manches ethische Postulat der Lächerlichkeit preisgibt, dürfen wir nicht über den Verfall ethischer Normen jammern. In einer Gesellschaft, wo man schon den Kleinkindern beibringt, jeder sei sich selbst der Nächste, und entscheidend sei, daß man sich gegenüber andern durchsetze, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Formen dieses Durchsetzungsdrangs dann gelegentlich ins Kriminelle abgleiten. In einer Gesellschaft, in der die Formen des Konsums die Geltung des einzelnen bestimmen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser Konsum auch über Eigentumsdelikte beschafft wird. In einer Gesellschaft, deren Kinder schon am Bildschirm erleben, daß der Stärkste und Brutalste auch der Beste sei, dürfen wir uns nicht wundern, wenn menschliche Aggressivität in kriminelle Bahnen gerät, in einer Gesellschaft, die den einmal Straffälligen gern an den Rand drängt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Rückfälligkeit das Normale, Reintegration die Ausnahme bleibt.

Das bedeutet: So wie heute keine Ökonomie mehr stimmt, die nicht auch außerökonomische Faktoren einbezieht, so gibt es keine innere Sicherheit, wenn wir uns auf die unmittelbaren Aufgaben von Justiz und Polizei beschränken. Soziale Sicherheit ist ein Stück innerer Sicherheit, der Verlust sozialer Sicherheit wäre ein Verlust an innerer Sicherheit. Innere Sicherheit ist keine Aufgabe, die wir abschieben könnten an die "Zuständigen", an Justiz und Polizei. Innere Sicherheit ist nur möglich als gemeinsame Aufgabe, gemeinsame Anstrengung einer ganzen Gesellschaft. Wir alle sind für innere Sicherheit verantwortlich, wir alle sind zuständig. Begreifen wir dies nicht, so könnten wir jenen hoffnungslosen Wettlauf zwischen Verbrechen und Verbrechensbekämpfung erleben, der heute mehr Ausdruck als Ursache dessen ist, was man die innere Krise der Vereinigten Staaten nennt.

Was für die Bekämpfung der Kriminalität im allgemeinen gilt, ist noch wichtiger beim Kampf gegen die politisch motivierte Kriminalität. Sicher: Keine Gesellschaft ist gefeit vor Leuten, in deren Köpfen sich die Realität auf abstruse Weise spiegelt. Aber keine Gesellschaft wird es sich ungestraft leisten können, wichtige Gruppen von rebellischen jungen Menschen an den Rand der Gesellschaft oder über deren Rand hinaus zu drängen, ohne daß sie dies mit politisch motivierter Kriminalität bezahlen müßte. Baader und Meinhof gibt es bei uns nicht, weil, sondern obwohl wir uns Mühe gegeben haben, auf die bedrängten und bedrängenden Fragen einzugehen, die uns von einer tief beunruhigten Generation gestellt wurden. Wir haben uns nicht zu entschuldigen, daß wir den weitaus größten Teil dieser jungen Menschen in die demokratischen Institutionen und in die demokratischen Bewegungen dieses Landes integriert haben, wir müssen eher fragen, warum uns dies nicht besser und vollständiger gelungen ist.

Ich sage dies, weil ich mir nicht vorzustellen wage, wie es heute in unserem Lande aussähe, wenn wir uns verhalten hätten wie die Unionsparteien: Wenn wir, feige und träge zugleich, den aktivsten Teil einer ganzen Generation ins gesellschaftliche Abseits verwiesen hätten! Ich sage es auch, weil ich es für lebensgefährliche Demagogie halte, wenn etwa die baden-württembergische CDU-Landesregierung so tut, als könne man der inneren Sicherheit dienen, indem man junge Leute, die sich vom Strom dieser Protestbewegung tragen und mitreißen lassen, um ihre Berufschancen bringt. Es gehört wenig Phantasie dazu, einzusehen, daß es genau umgekehrt sein wird. Nicht der dient der inneren Sicherheit, der von linken Studentengruppen über Jusos und Judos bis hin zu den Bürgerinitiativen von Wyhl alles in einen Sack steckt mit Enselin und Raspe! Nicht der dient der inneren Sicherheit, der die Trennungslinie zwischen radikaler politischer Fragestellung und politisch verbrämter Kriminalität aus parteipolitischen Kalkül verwischt. Der inneren Sicherheit dient, wer hier einen messerscharfen, unserer Gesetzen und unserer Verfassung entsprechenden Strich zwischen beiden zieht.

Liberalität gegenüber unbequemen und manchmal auch unsinnigen Anschauungen steht nicht im Gegensatz zu Härte und Entschlossenheit im Kampf gegen Politikriminalität. Im Gegenteil: Beides gehört zusammen. Je offener, je gründlicher auch extreme Positionen diskutiert werden können, desto weniger wird in den Untergrund abgedrängt, desto überzeugender und wirksamer wird die Bekämpfung derer, die politische Diskussion durch Bomben und Pistolen ersetzen wollen, desto geringer wird auch ihr Rückhalt bei irreführten Sympathisanten. Umgekehrt: Je mehr unbequeme Bürger wir in die Nähe der Kriminalität rücken, desto weniger dürfen wir uns wundern, wenn sie schließlich so handeln, wie wir es ihnen unterstellt haben.

Es ist einfach nicht wahr, daß autoritäre Methoden oder auch eine autoritäre Gesamtatmosphäre in der Öffentlichkeit Politikriminalität verhindern! Im Gegenteil: Diese Atmosphäre ist genau, was sich die Politikriminellen wünschen. Sie wollen doch das aus unserer Gesellschaft herauskitzeln, was sie das faschistische Potential nennen, damit aus ihren abseitigen Aktionen eine ernstzunehmende Bewegung werde. Die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg werden beides tun: Sie werden die liberale Atmosphäre in unserem Land wiederherstellen, den Bürger gegen obrigkeitstaatliche Gesinnungsschnüffelei schützen und gleichzeitig mit den Mitteln, die unser Rechtsstaat bietet, gegen jede Art von Kriminalität, also auch gegen die politisch motivierte vorgehen.

Wir haben kürzlich in Oberkirch auf einer Fachkonferenz "Innere Sicherheit" darüber diskutiert, wie unsere Bürger besser geschützt werden können, vor allem, was gegen die in Baden-Württemberg überdurchschnittlich steigende Kriminalität und die unterdurchschnittliche Polizeidichte getan werden kann. Als Ergebnis dieser Konferenz ist u.a. festzuhalten:

- Für uns ist innere Sicherheit keine Spielwiese für Parteitaktik, sondern eine gemeinsame Aufgabe aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte.
- Wir lehnen den Entwurf der baden-württembergischen Landesregierung zu einem neuen Polizeigesetz ab, einmal, weil wir nicht dem Beschluß der Innenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeirecht im Wege stehen wollen, zum anderen, weil wir vom Abbau elementarer Grundrechte nicht mehr innere Sicherheit erwarten; die Polizei muß personell und materiell so ausgestattet werden, daß sie präventiv arbeiten und auch im Bereich der mittleren Kriminalität mehr als nur registrieren und verwalten kann.
- Wo sich Kriminelle spezialisieren, muß auch die Strafverfolgung sich spezialisieren. Daher müssen zusätzliche Spezialeinheiten geschaffen werden.
- Der Landesvorstand wird dafür sorgen, daß die Diskussion über innere Sicherheit zwischen den Fachleuten und den politischen Instanzen des Landesverbandes in einer geeigneten Weise fortgesetzt und vertieft werden kann.

Die Mitbürger, die den Dienst der Polizei gewählt haben, sind keine besseren, keine schlechteren und vor allem keine anderen Bürger als wir selbst. Sie geben sich, nicht anders als ihre Kollegen in den Betrieben, nicht anders als ihre Kollegen in den Betrieben, nicht anders als wir alle, redlich Mühe, mit ihrer schwierigen Aufgabe fertig zu werden. Sie können unserer Unterstützung und unserer Solidarität sicher sein. (-/26.9.1975/bgy/pr)

Europa - ein Geschäft für Realisten

Die Bilanz der Integration erlaubt gedämpften Optimismus

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament und des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Wer heute von Europa und der europäischen Einigung spricht, riskiert, von seinen Zuhörern Langeweile oder allenfalls ein mitleidiges Lächeln zu ernten. Die vielen Rückschläge in der Vergangenheit haben bei der Bevölkerung Ernüchterung und auch Skepsis hervorgerufen. Vorbei sind die Zeiten idealistischer Hoffnung und Erwartung. Die Bürger Europas sehen, daß eine lebensfähige und starke Gemeinschaft nur systematisch und schrittweise, das heißt Stück für Stück, in konkreten Gesetzen, Richtlinien, Reformschritten herbeizuführen ist.

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß sich die europäischen Einigungsbestrebungen bisher im wesentlichen auf das Gebiet der Wirtschaft beschränkten, und daß Methoden für eine politische Zusammenarbeit erst seit wenigen Jahren entwickelt und angewendet werden. Die Zielsetzungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind ausgesprochen ehrgeizig und anspruchsvoll. Die Sicherung des sozialen Fortschritts, die Besserung des Lebensstandards, mit anderen Worten; das Wohlergehen der Bürger Europas steht im Mittelpunkt der Bemühungen. Untersucht man, wie weit der EWG-Vertrag Wirklichkeit geworden ist, so wird man feststellen, daß ein Teil der konkreten Vereinbarungen sogar schneller erfüllt wurde als im Vertrag von Rom vorgesehen war. Weniger erfolgreich war die Gemeinschaft bei der Ausfüllung der Rahmenbedingungen des EWG-Vertrages. Hier machten sich Souveränitätsvorbehalte der Mitgliedstaaten bremsend bemerkbar. In einem sehr wichtigen Punkt wurde der Vertrag sogar außer Kraft gesetzt: Von der Möglichkeit, im Rat von der Mehrheitsentscheidung Gebrauch zu machen, wurde auf Drängen von Paris entgegen den Vertragsbestimmungen bisher abgesehen. Ratsentscheidungen müssen also nach wie vor einstimmig gefällt werden.

Europa bzw. die Europäische Einigung ist ein Resultat von Kompromissen. Wer hier nach anderen Lösungsmöglichkeiten sucht oder andere Wege der Integration beschreiten möchte, dem möchte ich sagen: "Wer nicht zu Kompromissen fähig ist, der ist nicht fähig zur Demokratie" (Bundeskanzler Helmut Schmidt). Bei aller Kritik, die an den bisherigen Ergebnissen der europäischen Integration vorgebracht werden kann: Es gibt zur Einigung Westeuropas auf demokratischer Basis keine Alternative! Als "Alternative" zu einer Einigung Westeuropas auf demokratischer Basis wäre nur eine Einigung unter Zwang und Gewalt denkbar. Daß ein unter solchen Bedingungen geeinigtes Europa nicht von Dauer sein kann, haben uns sowohl Napoleon als auch

des Dritte Reich gelehrt. Die Europäische Gemeinschaft ist und bleibt somit eine demokratische Herausforderung!

Wenn wir die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes seit seiner Gründung 1957 betrachten, so können wir feststellen, daß das wirtschaftliche Wachstum, das heißt der Zuwachs an Wohlstand in der Gemeinschaft der Sechs größer war als zum gleichen Zeitraum in den USA. Obwohl der Gemeinsame Markt noch nicht vollendet ist - es existieren ja nach wie vor verschiedene Rechtsvorschriften, Besteuerungssysteme, technische Normen und staatliche Wettbewerbsverfälschungen in den einzelnen Mitgliedstaaten -, sind von ihm überaus starke Wachstumsimpulse ausgegangen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf stieg real, d.h. nach Abzug der Preisaufsteigerungen in den ersten zehn Jahren des Gemeinsamen Marktes in der Gemeinschaft stärker als in England (damals noch nicht Mitglied) und in den USA. Das reale Wachstum der Bruttostundenlöhne der Industriearbeiter stieg in den einzelnen Mitgliedsländern der Gemeinschaft in den ersten zehn Jahren des Bestehens des Gemeinsamen Marktes um 57 vH, in den USA dagegen nur um 19 vH!

Es steht außer Zweifel, daß die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft kein Land vor den Folgen der Energiekrise, die uns zu dem angeblich schwersten Konjunkturrückschlag der Nachkriegszeit führt, schützen kann. Die Ölkrise ist an keinem Land spurlos vorübergegangen. Für die Bundesrepublik, deren Industrie und Arbeitnehmereinkommen von Exporten in großem Maß abhängig sind, bedeutet die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt in der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Krisensituation zweierlei: Durch den vertraglich garantierten Freihandel innerhalb der Gemeinschaft bleibt der deutsche Export in die Gemeinschaftsländer stets gewährleistet. Dies wird um so wichtiger, je stärker die Tendenzen anderer Nicht-EG-Länder werden, sich angesichts der Krisensituation aus Zahlungsbilanzgründen gegenüber Importen abzuschotten. Von größerer Bedeutung erscheint mir noch ein zweites Faktum: Auf Grund der starken wirtschaftlichen Verflochtenheit und hohen Exportintensität der westeuropäischen Länder sind heutzutage in einer weltweiten Rezession den Erfolgchancen von nationalen Ankurbelungsprogrammen sehr enge Grenzen gesetzt.

Eine echte Tendenzwende, die uns aus der augenblicklichen Rezession und Arbeitslosigkeit herausführt, ist erst jetzt zu erwarten, nachdem auch auf den wichtigsten Exportmärkten Deutschlands, in Frankreich, England, Italien und den Niederlanden aufeinander abgestimmte Ankurbelungsprogramme in Angriff genommen wurden. Die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft wird der Bundesrepublik helfen, die Rezession und Arbeitslosigkeit schneller zu überwinden als dies ohne EWG der Fall wäre.

Es wird heute gerne in der Bundesrepublik von den Deutschen als Zahlmeister der Europäischen Gemeinschaft gesprochen. Ich halte dies für ein gefährliches Wort. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist ein "Geschäft" auf Gegenseitigkeit, aber Geben und Nehmen vollziehen sich heute auf verschiedenen Ebenen. Die Bundesrepublik ist innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern auch das wirtschaftlich bedeutendste Land. Es ist daher normal, daß der Finanzbeitrag der Bundesrepublik zur Finanzierung der Ausgaben in Brüssel, der Bedeutung unseres Landes entsprechend, größer ist, als der anderer Staaten. Eine kürzlich veröffentlichte Analyse der EG-Kommission hat übrigens gezeigt, daß nicht

die wirtschaftlich starke Bundesrepublik, sondern vielmehr das relativ kleine Belgien pro Kopf Bevölkerung am meisten an die EG-Kasse zahlt. Vieles spricht dafür, daß die Bundesrepublik insgesamt am meisten von der EWG profitiert hat, daß sie im industriellen Bereich erheblich mehr gewonnen hat, als sie im Agrarbereich zahlen mußte. Unsere Exporte sind durch den Zollabbau in den Partnerländern sehr stark begünstigt worden. Dadurch hat die Volkswirtschaft der Bundesrepublik ein Mehrfaches gewonnen, was sie die Agrarpolitik der Gemeinschaft kostet. Mit anderen Worten: Mag die Bundesrepublik auch der bedeutendste Zehler an die Gemeinschaft sein, die "Verzinsung" dieser Zahlungen nach Brüssel war und ist extrem lukrativ.

Das Unbehagen der öffentlichen Meinung an der EWG resultiert jedoch nicht nur aus den langsamen Fortschritten in der europäischen Einigung, aus der reformbedürftigen Agrarpolitik der Gemeinschaft, es hängt auch damit zusammen, daß soziale und gesellschaftliche Erfordernisse in der Gemeinschaft bisher zu kurz gekommen sind. Manche Kritiker sprechen sogar von einem Europa der Konzerne, in dem der kleine Mann den übermächtigen Wirtschaftsgiganten ausgeliefert ist. So berechtigt die Unzufriedenheit mit der Vernachlässigung des sozialen Bereichs und der Gesellschaftspolitik innerhalb der EWG ist, so wenig berechtigt ist der Vorwurf vom Europa der Konzerne. Man sollte nicht übersehen, daß eine gesunde wirtschaftliche Basis in Westeuropa die Grundvoraussetzung für soziale Reformen in der Gemeinschaft ist. Es war daher nur logisch, daß man derzeit das Einigungswerk in Europa mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und nicht mit der Europäischen Sozialgemeinschaft begann.

Für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft wird viel davon abhängen, ob soziale Belange und gesellschaftliche Erfordernisse stärker als bisher im Integrationsprozeß berücksichtigt werden.

Die Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft zu direkten Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialpolitik sind allerdings relativ begrenzt. Die für eine aktive europäische Sozialpolitik erforderlichen Zuständigkeiten und Kompetenzen liegen nicht bei der Kommission in Brüssel. Für die Steuer-, die Einkommens-, Finanz-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik usw. sind nach wie vor die einzelnen nationalen Regierungen zuständig. Wir müssen uns heute Gedanken machen über das Ausmaß und den Umfang einer späteren gemeinschaftlichen Sozialpolitik in Europa. Dies ist jedoch nur möglich, wenn klare Vorstellungen über die künftigen Schritte des europäischen Einigungswerkes bestehen, wenn konkrete Vorstellungen über das künftige Aussehen der "Europäischen Union" bestehen, wenn Klarheit darüber besteht, wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft weiterentwickelt werden soll. Das Europäische Parlament hat hier eine konkrete Entscheidung verabschiedet. Darin werden folgende Zuständigkeiten der künftigen Europäischen Union besonders hervorgehoben: Außen-, Verteidigungs-, Regional-, Wirtschafts-, Finanz- und nicht zuletzt Sozialpolitik.
(~/26.9.1975/ks/pr/ee)

+ + +

Wirtschaft bleibt auf Blockade-Kurs

**Anhörverfahren zur Reform der Berufsbildung glich
zeitweilig einem Schieberrennen**

Von Björn Engholm MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Bildung und Wissenschaft

Rund 27 Stunden dauerte das öffentliche Hearing des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft zur Reform der Berufsausbildung - aber niemand war überrascht, daß die Mehrzahl der Verbandssprecher, an ihrer Spitze die der Wirtschaft, unnachgiebig auf ihren schon bekannten Positionen verharren. Trotz dieser mit Unions-Abgeordneten abgestimmten Strategie des starren Neins zum Gesetzentwurf kann nach diesem Hearing aber niemand mehr leugnen, daß unser Berufsbildungssystem Mängel aufweist, für deren Lösung das Motto der Wirtschaft "Gebt uns Geld und Vertrauen" so hilfreich ist wie der Versuch, einen Schwerkranken durch Handauflegen zu heilen.

So haben letztlich insbesondere die uneinsichtigen Positionen der Wirtschaftsverbände ebenso wie die weit über den Gesetzentwurf hinausreichenden Forderungen des DGB die Sozialdemokraten in der Auffassung bestärkt, daß es noch in dieser Legislaturperiode der Verabschiedung eines neuen Gesetzes bedarf, mit dem die drängenden Probleme gelöst werden und mit dem alle Beteiligten ohne unerträgliche Belastung leben können. Bei solcher Abwägung der zum Teil höchst unterschiedlichen, sich wechselseitig aufhebenden Positionen kam in der Sache folgendes Fazit heraus:

1/ Da alle Sachverständigen eine Anhebung des Ranges der Berufsbildung im Bildungsgesamtsystem befürworteten, weist der Gesetzentwurf den richtigen Weg, wenn er nicht nur die Berufsausbildung in Qualität, sondern auch einen ersten Schritt zu mehr Gleichwertigkeit der Abschlüsse und Durchlässigkeit der Bildungsgänge anstrebt.

2/ Die Frage nach der Organisation der beruflichen Erstausbildung zeigte erneut, daß angesichts der Lösungsvorschläge des vom Entwurf favori-

sierte Bundesinstitut für Berufsbildung einen Kompromiß für die Lösung der Abstimmungsprobleme unter Mitwirkung aller an der berufsbildenden Arbeit beteiligten Gruppen darstellt.

3/ Überzeugende Argumente haben viele Gutachter dargelegt, doch ausreichendes Ausbildungs-Stellenangebot ist nur durch eine überbetriebliche Finanzierungsregelung gesichert; ohne eine solche Regelung sind weitere Einbrüche zu erwarten, die zu einem Rückgang qualifizierter Ausbildungsstellen führen müssen. Diesen Anregungen trägt der sehr maßvolle Finanzierungsausgleich des Gesetzentwurfes von Helmut Rohde voll Rechnung.

Die im Regierungsentwurf enthaltenen Regelungen zur Berufsaufweiserbildung wurden im Sinne eines lebenslangen Lernens von nahezu allen Sprechern ausdrücklich begrüßt. Die sozialdemokratische Forderung, den öffentlichen Dienst stärker in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes einzuschließen, wurde von den Gewerkschaften nachhaltig unterstützt. Die Einbeziehung der Ausbildung der behinderten Menschen in den Geltungsbereich des Gesetzes schließlich wurde ebenfalls von allen Fachleuten einhellig begrüßt.

Bei allen Sachfragen wurde überdeutlich, daß ernstzunehmende und überprüfbare Alternativen zum Gesetzentwurf nur aus dem gewerkschaftlichen Bereich kamen. Die Wirtschaft beschränkte sich zum wiederholten Male auf ein kategorisches Nein, und der Initiativantrag der CDU stand überhaupt nicht zur Debatte. Beide, Wirtschaftverbände und Unions-Parteien, spielten ein durch die Anlage des Hearings begünstigtes Spiel, indem sie sich die Karten wechselseitig zuschoben und mit einer einzigen Frage bis zu zwei Antwortstunden blockierten. Während die Gewerkschaften nur jeweils eine Stimme hatten, durften als Vertreter der Wirtschaft nacheinander bis zu sieben Einzelverbände aufmarschieren und vorbereitete Horrormeldungen verbreiten.

Da ein Hearing solchermaßen zum Vehikel einer politischen Blockadestrategie degradiert wird, anstatt nachprüfbare Alternativen anzubieten, wird es als parlamentarisches Instrument der Anhörung von Experten zunichte gemacht. Sollte sich hier in der Form nichts ändern, wird künftig darauf zu achten sein, daß neben den Sachverständigen der unterschiedlichen Wirtschaftverbände auch alle 16 Einzelgewerkschaften des DGB vertreten sind.

Wie auch immer: Weder die vom Kuratorium der deutschen Wirtschaft mobilisierten apokalyptischen Reiter, noch der von den Unions-Parteien inszenierte Schieberramach können die Tatsache leugnen, daß es höchste Zeit ist, die Berufsbildung in unserem Lande zu reformieren. Mangel schlüssiger Alternativen bleibt deshalb der Regierungsentwurf auf der Tagesordnung und ist noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

(-/26.9.1975/ks/pr/aa)

+ + +

Numerus clausus als Medaillenbremse ?

Studienplätze sind keine Prämie für Sportlerfolge

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Kaum 48 Stunden, nachdem der Präsident des Deutschen Sportbundes im ZDF den sogenannten Fall Ulrike Meyfarth noch als das negative Paradebeispiel in Sachen "Leistungssportler und Zulassung zum Hochschulstudium" präsentierte, folgte durch Erklärungen der Hochsprung-Olympiasiegerin von 1972 in der Monitorausendung der ARD die Ernüchterung. Was als Skandal, politische Unvernunft und Staatsektion dramatisiert wurde, entpuppte sich plötzlich als ein Begefall.

Das überzogene und teilweise unkontrollierte Engagement in der Frage der Zulassung von Ulrike Meyfarth zum Hochschulstudium müßte eigentlich auch eine intensive Überprüfung der Haltung in der Führung des Deutschen Sportbundes zur Folge haben. Die Sozialdemokraten haben ihre sachbezogene Meinung ungeachtet der Polemik beharrlich vertreten. Es ist durchaus legitim und nicht außergewöhnlich, daß auch Leistungssportler ein Härtefall bei der Zulassung zum Hochschulstudium sein können. Wer allerdings - wie die zum Spielball von kurzzeitigen Interessen benutzte Ulrike Meyfarth - mehr als ein halbes Dutzend Studienmöglichkeiten im Fach Sport ablehnt, läuft Gefahr, bei anderen Studienbewerbern und der interessierten Öffentlichkeit mehr Verärgerung als Verständnis auszulösen.

Es darf also nicht die Vermutung genährt werden, als sei letztlich jeder studienwillige Leistungssportler ein Härtefall bei der Zulassung in Numerus-clausus-Fächern. Dies kann im Einzelfall so gerechtfertigt sein, wie bei Bewerbern aus wissenschaftlichen oder künstlerisch-musischen Bereichen. Genauso klar muß Tendenzen entgegengewirkt werden, die den Eindruck erwecken, Studienplätze würden mehr oder weniger als Prämien für Olympiasieger oder andere überragende leistungssportliche Erfolge vergeben.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist es auch indiskutabel, so etwas wie ein Ausnahmerecht für Prominente zu schaffen, wie dies der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, treffend formuliert hat. Die Koalitionsfraktionen von SPD und FDP haben mit der Entschliebung im Sportausschuß des Bundestages einen Weg der Vernunft und Ausgewogenheit gewiesen, der den speziellen Gegebenheiten im Studienfach Sport entspricht.

CDU und CSU wären gut beraten, wenn sie, statt dramatische Töne in der "Affäre" Meyfarth auszustößen, im Bundesrat das Hochschulrahmengesetz verabschieden würden.

Wie sagte doch Olympiasiegerin Ulrike Meyfarth: "Wahrscheinlich wollen sich da einige mit meinem Namen profilieren....!"

(-/26.9.1975/ka/pr/ee)

+ + +

Vereuchte Nötigung des Bundestages

Skandalöses Zusammenspiel Springerpresse-CDU-Abelain

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In diesen Tagen hat sich etwas in Bonn abgespielt, was nicht anders als ein Skandal bezeichnet werden kann. Da konnte in der "Welt" ein Bericht über eine Vorlage des Bundesgrenzschutzes zu Grenzschutzmaßnahmen der DDR erscheinen, den Tage später noch nicht einmal die Spitzen des Bundesinnenministeriums zur Einsicht erhalten hatten, und prompt kündigte der CDU-Abg. Prof. Dr. Manfred Abelain am 25. September in derselben Springer-Zeitung eine aktuelle Stunde für diesen Tag an. Weder einer der Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion war davon unterrichtet worden, noch der für diese Fragen doch wohl in erster Linie mitzuständige Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, CDU-MdB Olaf von Wrangel.

Dieser Versuch, das Parlament von außen her zu nötigen, eine Aktuelle Stunde zu veranstalten, dürfte wohl einmalig in der Geschichte des Bundestages sein. Die Frage, die sich dabei stellt, ist die: Hat Springer nun Abelain veranlaßt, diese aktuelle Stunde zu inszenieren, oder ist es umgekehrt gelaufen? Merkwürdiges Zusammentreffen ist, daß am 19. September morgens in der "Welt" der genannte Bericht erschien und prompt nachmittags eine Presseklerung der CDU/CSU herauskam, in der Prof. Abelain die Bundesregierung um Auskünfte über Einzelheiten aus diesem Bericht ersuchte.

Aber nun zur Sache selbst: Der Bericht stellt die Frage, ob sich die in diesem Bericht enthaltenen Informationen mit den Ergebnissen der KSZE in Helsinki vereinbaren lassen und nicht in eklatantem Widerspruch zu ihr stehen. Uns liegt, bei Gott, nichts daran, diese unmenschliche Grenze mit ihren Selbstschußanlagen und Todesfällen in irgendeiner Form zu verniedlichen oder zu entschuldigen. Nur, dem CDU-Abg. Abelain müßte ja aufgegangen sein, daß sich die Grenzschutz-Vorlage auf einen Zeitraum bezieht, der vor dem Abschluß der KSZE liegt. Im Übrigen wird der CDU-Abg. auch bei intensivem Studium der KSZE-Protokolle keinen Hinweis dafür finden, wie die Grenzanlagen eines Staates auszusehen haben. Das einzige, was er geltend machen könnte und worin wir ihm nicht widersprechen würden, ist, daß diese Art der Grenzsicherung dem Geiste des Vertrages widerspricht. Aber darin sind sich ja wohl alle Kräfte des Bundestages einig.

Nur: Diese Grenze und ihr Charakter werden mit dieser Art der Panikmache nicht verändert. Das haben wir ja jahrelang erlebt. Schließlich sind Minenfelder, Hundesperren und Maschendrahtküne nicht unter der sozialliberalen Regierung entstanden. Diese hat aber immerhin erreicht, daß sie durchlässiger geworden sind, als das früher der Fall war. Daß auf dem Weg zur Vermenschlichung der Beziehungen auch die KSZE ein Schritt weiter ist, wenn sie auch nur Empfehlungen ausgab, scheint mittlerweile auch die CDU/CSU eingesehen zu haben, obwohl sie außer Albanien die einzige politische Kraft in Europa war, die die Konferenz und ihre Beschlüsse ablehnte.

Im Übrigen nützt man mit dieser Agitation weder der Entspannung noch den Menschen in den betroffenen Gebieten. Wer hier ein Bild vorzutauschen versucht, als ob dies eine Grenze wäre, an der ständig Schüsse fallen und Menschen in Todesnot sind, der trägt mit dazu bei, jene Optik zu produzieren, die Kureinrichtungen und Patienten davon abhält, in den Zonengrenzraum zur Erholung zu fahren, weil sie dort um ihr Leben fürchten. Damit soll nicht das heruntergespielt werden, was an Todesfällen oder schweren Verletzungen durch diese Grenze angerichtet wurde. Jeder Einzelfall ist schrecklich und aufs höchste verurteilenswert. Nur liegen die Dinge differenzierter und feinschichtiger als sie Abelain in seiner Manier darstellt. Nicht die Grenze allein ist es, die uns Sorgen macht, sondern die oft so unberechenbare Art der anderen Seite, mit menschlichen Schicksalen umzuspringen. Gerade deshalb aber ist es unverantwortlich, aus Berichten wie dem des Bundesgrenzschutzes ein Festival von Ressentiments zu machen.

(-/26.9.1975/bgy/pr)